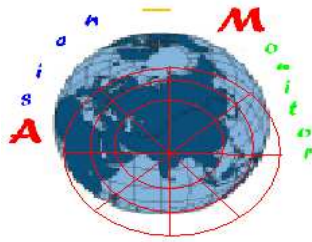




WESTFÄLISCHE  
WILHELMS - UNIVERSITÄT  
Institut für Politikwissenschaft  
Professur für die Politik Südasiens



## ASIEN-MONITOR 2/2008

*Der ASIEN-MONITOR analysiert und bewertet regelmäßig aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Asien und greift dabei auf die in Münster versammelte Expertise (Politikwissenschaft, Ethnologie, Geschichte, Sinologie) zurück. Er wird von der Professur für die Politik Südasiens am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Susanne Feske veröffentlicht.*

### **Ein Sieg der Demokratie?**

*Pakistan hat gewählt. Präsident Musharraf stand gar nicht zur Wahl und gilt dennoch als großer Verlierer. Eine entscheidende Auswirkung des Urnenganges, nämlich die Reaktion des angeschlagenen Präsidenten, wird erst in den nächsten Wochen spürbar sein.*

Die Demokratie hat dem Präsidenten Pervez Musharraf, der sich im Oktober 1999 an die Macht geputscht hatte, einen heftigen Leberhaken verpasst. Die Demokratie hat lange gebraucht, sie lag schon am Boden, ist seit Jahren stark verwundet und eingeschüchtert. Doch hat sie sich aufgerafft, zugeschlagen und wuchtig getroffen - so wie es angeschlagene Boxer eben gelegentlich tun.

Trotz aller Manipulationsvorwürfe der Opposition im Vorfeld haben die PML (N) des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif und die PPP der Ende 2007 ermordeten Ex-Premierministerin Benazir Bhutto, bei den Wahlen zum Nationalparlament bisher 88 beziehungsweise 66 Sitze von 268 Sitzen gewonnen. Die Musharraf unterstützende PML(Q) errang lediglich 38 Sitze.

Musharraf strauchelt also und bekundete postwendend, im Amt bleiben zu wollen. Schon Ende November 2007 war er als Armeechef zurückgetreten. Nun fürchtet er nach dem Verlust der Macht über das Militär auch den der politischen Macht. PPP und PML(N) verfügen nun gemeinsam mit kleineren Parteien über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und könnten ein Amtsenthebungsverfahren gegen Musharraf anstreben.

Die Demokratie könnte dann zum nächsten schweren Schlag gegen den ehemaligen Militärmachthaber ausholen. Doch angeschlagene Machthaber sind gefährlich, Musharraf erklärte im Interview mit dem Wall Street Journal: „The clash would be if the prime

minister and president would be trying to get rid of each other. I only hope we would avoid these clashes.“

Doch wie würde Musharraf im Falle eines „clash“ reagieren? Er könnte wieder den Notstand ausrufen oder das Parlament auflösen. Er könnte, wie schon oft in der Geschichte Pakistans geschehen, das Militär in den Ring schicken. Gegen diese Variante spricht aber die Absicht des neuen Armeechef Ashfaq Parvez Kayani, das Militär aus der Politik zurückzuziehen.

Käme es zum von Musharraf beschriebenen „clash“, dann wäre der Triumph der Demokratie vom 18. Februar wohl ein Pyrrhussieg, der den fragilen Staat weiter destabilisiert.

Es liegt nun in den Händen von Musharraf, Sharif und dem Co-Vorsitzenden der PPP, Asif Ali Zardari, verantwortungsvoll mit dem Votum des Volkes umzugehen. Hier liegt das Manko: Alle drei sind keine Vorkämpfer oder Verfechter der Demokratie. Musharraf hat sie oft genug gegängelt, Sharif hat bereits zwei wenig ruhmvolle Amtszeiten als Premierminister absolviert, sieht sich Korruptionsvorwürfen ausgesetzt, und Zardari trägt den Spitznamen „Mr. 10 Percent“, „weil er während der zwei Amtszeiten Bhuttos zehn Prozent Kommission für die mit der Regierung abgeschlossenen Geschäfte einzustecken pflegte“, so die NZZ. Gut möglich, dass Musharraf gewillt ist, diesen beiden Männern mit Verweis auf ihre Lebensläufe das Handwerk zu legen.

Doch der Präsident steht vor einem weiteren Problem: Seine Schläge gegen die Demokratie hatte er bisher oft mit seinem Vorgehen gegen radikale Islamisten begründet. So verwirrend es aus westlicher Perspektive klingen mag: Nicht nur Musharraf, sondern auch Islamisten sind die großen Verlierer der Provinz- und Parlamentswahlen.

Wenn Musharraf schwächelt, erstarken die Islamisten – so hieß bisher die Devise, die insbesondere von Musharraf selbst und den USA verbreitet wurde. Diese Wenn-dann-Aussage ist nun, zumindest auf parlamentarischen Parkett, falsifiziert. Eine Radikalisierung von Islamisten und eine Zunahme von Anschlägen, nicht nur im Grenzgebiet zu Afghanistan, sind zwar nicht von der Hand zu weisen. Doch Musharraf ist längst nicht mehr das probate und exklusive Gegenmittel.

Der Präsident wird weiter um seine Macht kämpfen. Der Konflikt mit den beiden Volksparteien ist vorprogrammiert. Als Musharraf am 3. November 2007 den Ausnahmezustand ausrief, bestückte er den Supreme Court mit ihm wohl gesonnenen Richtern, die wenig später seine umstrittene Wiederwahl durch das alte Nationalparlament absegneten.

Politiker von PPP und PML(N) fordern nun, die von Musharraf entlassenen Richter wieder einzusetzen. Doch Musharraf hat dies im Wall Street Journal abgelehnt: „We don't think it's legally possible to reinstate them. (...) Legally, there's no way this can be done. The Supreme Court and high courts are full with the standard they are supposed to have.“

Bald schon könnten wieder die Fäuste fliegen, im Kampf Demokratie gegen Musharraf. Die Demokratie wird eine starke Deckung brauchen.

## **AUTOR:**

### **Tobias Romberg, M.A.**

Der Autor hat Politikwissenschaft, Wirtschaftspolitik und Germanistik in Münster studiert und promoviert über die Demokratisierung Pakistans. Tobias Romberg hat die Deutsche Journalistenschule in München in Kombination mit dem Studiengang „Dipl. Praktischer Journalismus“ absolviert.

## **HERAUSGEBER:**

### **Prof. Dr. Susanne Feske, ifpol**

Prof. Dr. Susanne Feske ist Professorin für die Politik Südostasiens am Institut für Politikwissenschaft der Uni Münster. Susanne Feske leitet zusammen mit Prof. Dr. Jos Platenkamp vom Institut für Ethnologie die Forschungsgruppe „Transformation & Konflikt“ an der Graduate School of Politics. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Ost- und Südostasien, Rüstungskontrolle und Theorien der Internationalen Beziehungen.

### **Katharina Glaab, ifpol**

Katharina Glaab hat Politikwissenschaft, Sinologie und Geschichte in Münster und Peking studiert und forscht zu China und Ostasien, Energie- und Sicherheitspolitik.

### **Stephan Engelkamp, ifpol**

Stephan Engelkamp hat Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Münster und Straßburg studiert und promoviert an der Graduate School of Politics zu traditionellen Herrschaftskonzepten in Südostasien.

## **KONTAKT:**

WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER

INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT

Scharnhorststraße 100, 48151 Münster

Sekretariat: (0251) 83 – 29357, Telefax: (0251) 83 - 29356

Durchwahl: (0251) 83 – 25319, Telefon (privat): (0251) 2652068

Email: [feske@uni-muenster.de](mailto:feske@uni-muenster.de),

Internet: [www.ifpol.de](http://www.ifpol.de) und [www.uni-muenster.de/GraSP/forschung/gruppen/transformation.html](http://www.uni-muenster.de/GraSP/forschung/gruppen/transformation.html)